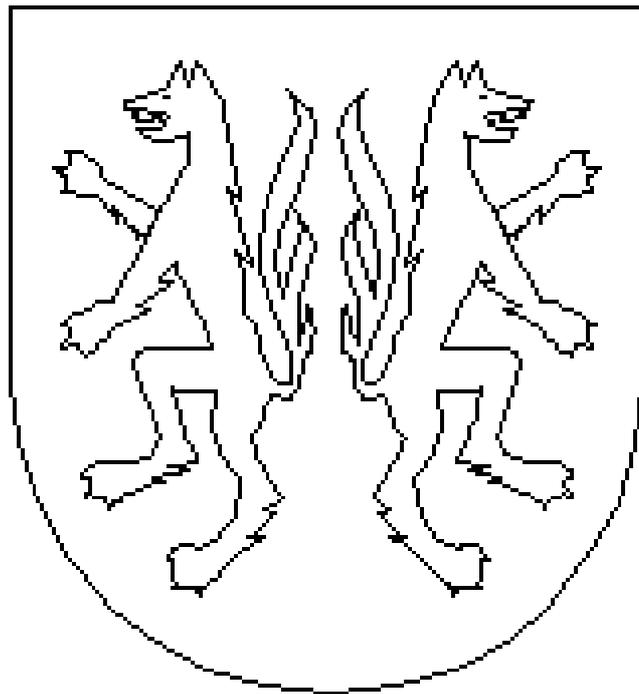


Integrationsbericht

des

Landkreises Peine



Zusammengestellt von:

Dr. Detlef Buhmann, Arnold Held, Joachim Krenz, Janine Kumpfe, Horst Oreskovic,
Frank Scharenberg, Katja Schröder, Jörg Schumacher, Gerhard Spiller, Hermann Spörl

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
1. Problemstellung	4
1.1 Begriffsdefinition	4
1.1.1 Integration	4
1.1.2 Migration	4
1.1.3 Migrantin/Migrant	5
1.2 Der Ausländeranteil im Kreisgebiet	5
2. Die Situation von Migranten/-innen	6
2.1 Der Bereich Bildung	6
2.1.1 Kindertagesstätten	6
2.1.2 Schulen	8
2.2 Integration durch Teilnahme am Erwerbsleben	13
2.3 Armut und Integration	19
2.4 Der Bereich Gesundheit	22
2.4.1 Gesundheitsschutz	23
2.4.2 Sozialer Dienst	23
2.4.3 Sozialpsychiatrischer Dienst	23
2.4.4 Jugend- und Schulärztlicher Dienst	24
3. Thesen für eine verbesserte Integration	29

Vorwort

Im Landkreis Peine lebten am 31. Dezember 2006 insgesamt 8.597 Ausländer/innen; dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 6,41%. Hinzu kommen die Personen, die zwar über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen, jedoch einen Migrationshintergrund haben. Berücksichtigt man die Spätaussiedler, Einbürgerungen usw., kann man davon ausgehen, dass ca. 15 Prozent der Einwohner/innen des Kreisgebietes über einen Migrationshintergrund verfügen.

Angesichts dieser bedeutsamen Thematik hat der Fachbereich III, dem die Fachdienste Schule, Kultur und Sport, Soziales, Arbeit, Jugendamt, Gesundheitsamt sowie der Sonderbereich Kreisvolkshoch-, Jugendkultur- und Musikschule angehören, die Herausgabe eines Integrationsberichtes in Angriff genommen. Dieser soll für Verwaltung und Politik als Handlungsgrundlage dienen und deshalb zum einen die Situation in einigen ausgewählten Bereichen darstellen, zum anderen auch Ansätze für eine verbesserte Integration liefern. Unterteilung der Personenkreise sind lediglich in Deutsche und Ausländer/innen möglich; Deutsche mit Migrationshintergrund können nicht gesondert erfasst werden. Das macht eine Auswertung nicht einfacher.

Dennoch gilt es, aus den vorliegenden Daten zukunftsfähige Schlussfolgerungen zu ziehen, ein schlüssiges Integrationskonzept zu entwickeln und auf eine verbesserte Integration hinzuwirken. Der Landkreis Peine hat dafür bereits gute Voraussetzungen geschaffen. Er hat sich ein Leitbild Integration gegeben und eine Steuerungsgruppe eingesetzt, in der Politik, Verwaltung, Migrantinnen und Migranten zusammenarbeiten. Weiterhin baut er ein Integrationsmonitoring auf – festgehalten in den Handlungsschwerpunkten 2007/08 –, mit dem Daten zu Indikatoren wie Bildungsabschlüssen, Arbeitsmarktintegration etc. erfasst werden. Der Integrationsbericht ebnet den Weg hin zum Integrationsmonitoring.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erstellung des Integrationsberichtes mitgewirkt haben.

Peine, 01. Juli 2007



Franz Einhaus
Landrat

1. Problemstellung

1.1 Begriffsdefinition

1.1.1 Integration

Mit dem Begriff ‚Integration‘ wird die Eingliederung von neuen Bevölkerungsgruppen in die bestehenden Sozialstrukturen einer Aufnahmegesellschaft und die Art und Weise der Verknüpfung der neuen Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System aus

- wirtschaftlichen,
- sozialen,
- rechtlichen,
- kulturellen und
- politischen Beziehungen

verstanden. Die Integration verfolgt das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Geschehen in allen Facetten.¹

1.1.2 Migration

Der Begriff ‚Migration‘ leitet sich vom lateinischen ‚migrare‘ ab, was ‚wandern, an einen anderen Ort ziehen‘ bedeutet. Heute hat er die bisher üblichen Bezeichnungen Emigration für Auswanderung und Immigration für Einwanderung weitgehend ersetzt, da die entsprechende Unterscheidung häufig keine zutreffende Beschreibung mehr liefert.² Im Verlauf dieses Berichts umfasst der Begriff ‚Migration‘ eine räumliche Bewegung zur Veränderung des Lebensmittelpunktes im Sinne eines dauerhaften Wohnortwechsels von Individuen oder Gruppen über eine bedeutsame Entfernung. Wanderungen über die Grenze eines Nationalstaates hinweg kennzeichnen dabei die internationale Migration in Abgrenzung zur Binnenmigration. Der Begriff ‚Migration‘ beinhaltet sowohl die Zu- als auch die Abwanderung.³

¹ Vgl. Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt): Management kommunaler Integrationspolitik, KGSt-Berichte und Materialien Nr. 7/2005, Köln 2005, S. 13, hier zitiert nach: Diess., KGSt-Materialien Nr. 2/2006, Köln 2006, S. 8.

² Vgl. Stadt Hamburg: Was bedeutet Migrantin/Migrant?. Internetveröffentlichung 2003.

³ H.W. Lederer/R. Rau/S. Rühl: Migrationsbericht 1999, Zu- und Abwanderung nach und aus Deutschland. Bonn 1999, hier zitiert nach: M. David: Aspekte der gynäkologischen Betreuung und Versorgung von türkischen Migrantinnen in Deutschland. Berlin 2001, Internetveröffentlichung.

1.1.3 Migrantin/Migrant

Bei der Verwendung des Begriffes „Migranten“ ist nicht von einem eindeutigen Gebrauch auszugehen, da er keine homogene eindeutige Gruppe bezeichnet. Je nach Definition werden unterschiedliche Merkmale wie etwas Geburtsland, Staatsangehörigkeit oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, z.B. Spätaussiedler/innen, Arbeitsmigranten/-innen, Asylbewerber/innen usw., verwendet.⁴ Die in Routinestatistiken am häufigsten verwendete Definition stützt sich allein auf die Staatsangehörigkeit. Dabei wird zwischen „deutsch“ und „nichtdeutsch“, also ausländisch, unterschieden. Zum Beispiel ist aber ein Migrant als ein nicht in Deutschland Geborener nicht notwendigerweise ein Ausländer – man denke an die Spätaussiedler oder die eingebürgerten Menschen ehemals fremder Nationalität. Ein Ausländer ist nicht notwendigerweise Migrant, denn in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern haben in der Regel die fremde Nationalität. Eine als Flüchtling oder Asylant kommende Person wird in der Regel – möglicherweise kommt es durch die neue Bleiberechtsregelung hier zu Veränderungen – das Land bald wieder verlassen; anders als die in den 1960er Jahren als „Gastarbeiter“ nach Deutschland eingewanderten und in Deutschland verbliebenen Menschen, für die Deutschland eine neue Heimat geworden ist, in der sie teilweise bereits mit Enkeln leben.

Im Verlaufe dieses Berichts werden im folgenden Personen mit dem Begriff ‚Migrant/in‘ bezeichnet, die die Migration selbst vollzogen haben sowie diejenigen, die nicht selber migriert sind, jedoch bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben.⁵

Den hier im Integrationsbericht verwendeten Daten liegen, zumindest teilweise, unterschiedliche Definitionen zugrunde; unterschiedliche Definitionen des Begriffes „Migranten“ führen dazu, dass die verwendeten Daten eingeschränkt vergleichbar sind. Trotz dieser Einschränkung lassen sich aus den Daten bestimmte Kernaussagen herausarbeiten.

1.2 Der Ausländeranteil im Kreisgebiet

Die Bevölkerung des Landkreises Peine besteht aus Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten. Üblicherweise werden die Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit als ausländische Bevölkerung bezeichnet, d.h. eine konkrete Unterteilung in die einzelnen Nationalitäten unterbleibt im allgemeinen. Tabelle 1 gibt eine Darstellung der Entwicklung von ausländischer und deutscher Bevölkerung:

⁴ Vgl. I. Heinz: Interkulturelle Irritationen beim Arzt. Köln 2004, S. 9.

⁵ Vgl. I. Heinz, a.a.O., S. 9.

Tabelle 1: Deutsche und ausländische Wohnbevölkerung im Landkreis Peine

Jahr	Bevölkerung am 31. Dez. ¹	davon Ausländer/innen ¹	Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in % ²
1990	120.441	4.882	4,05
1995	126.780	9.148	7,22
2000	132.243	9.190	6,95
2001	132.998	9.100	6,84
2002	133.834	9.229	6,90
2003	134.356	9.186	6,84
2004	134.492	8.976	6,67
2005	134.581	8.751	6,50
2006	134.178	8.597	6,41

1: Vgl. Niedersächsisches Landesamt für Statistik: Bevölkerung am 31.12. in Niedersachsen – Landkreis Peine, Tabelle M 1000112. Internetveröffentlichung 2007

2 Eigene Berechnungen auf der Basis von Tabelle M 1000112 des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik.

Neben der ausländischen Bevölkerung leben im Landkreis Peine auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die jedoch über einen Migrationshintergrund verfügen. Leider liegen für diese Personenkreise, z.B. Spätaussiedler/innen, eingebürgerte Personen usw., keine Zahlen vor. Der Anteil aller Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung ist daher auf Schätzungen angewiesen. Diese liegt angesichts der großen Anzahl von Spätaussiedlern/-innen, die insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren eingereist sind, bei ca. 15% der Kreisbevölkerung.

2. Die Situation von Migranten/-innen

In diesem Kapitel wird die Situation von Migranten/-innen in ausgewählten Bereichen dargestellt. Aufgrund der fehlenden Unterscheidung in den Statistiken können nicht alle Gruppen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

2.1 Der Bereich Bildung

2.1.1 Kindertagesstätten

Ausländische Kinder und Kinder von Spätaussiedlern in Kindertageseinrichtungen
im Landkreis Peine (Stand 1.10.2005/15.03.2007)

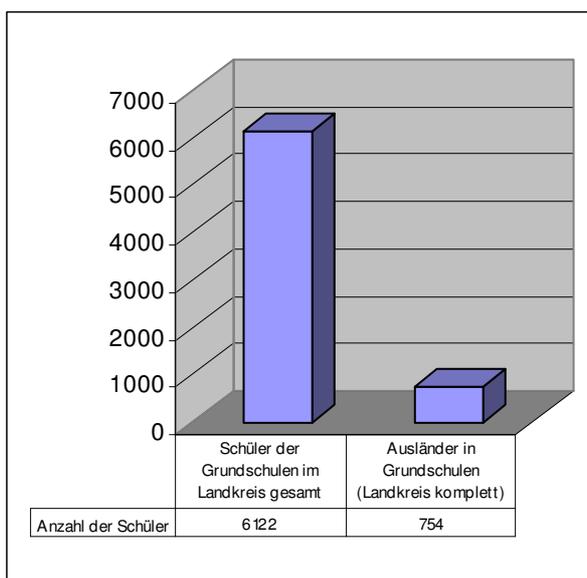
Lehrkräfte im Landkreis im Einsatz, die Migrantenkinder und Kinder aus sozial besonders benachteiligten Familien sprachlich fördern.

Nicht abgebildet ist auch die Dauer des Kindertagesstättenbesuchs. Die jahrgangsbezogenen Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass in der Stadt Peine und der Gemeinde Ilse der Anteil der Kinder ohne Kindergartenbesuch am höchsten ist. Wissenschaftlich belegt ist, dass eine längere Kindergartenenerfahrung den Übergang zur Schule erleichtert.

2.1.2 Schulen

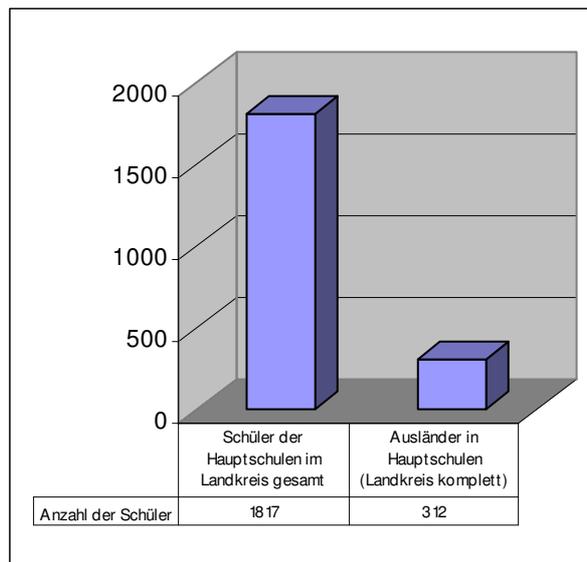
Der Fachdienst Schule, Kultur und Sport hat zum Thema Migration/Integration von allen Schulen im Kreisgebiet die entsprechenden Daten zusammengeführt. Nachfolgend wird dargestellt, wie sich die Zahlen der deutschen sowie der ausländischen Schülerinnen und Schüler an den Schulen im Landkreis Peine zum 14.09.06 (Stand der Schülerstatistik 2006/2007) zusammensetzen. Dabei ist zu beachten, dass viele Schulen nur den Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler nennen können. Ob ein Migrationshintergrund vorliegt, lässt sich möglicherweise durch einen Blick in die Schülerakten ermitteln. Dies ist aufgrund des hohen Zeitaufwandes jedoch nicht geschehen, so dass nur die ausländischen Schülerinnen und Schüler genannt werden können.

In den Grundschulen der Gemeinden (ohne Stadt) werden 3.912 deutsche und 252 ausländische Schülerinnen und Schüler beschult. Prozentual betrachtet bedeutet dies, dass der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler bei 6,05% liegt.

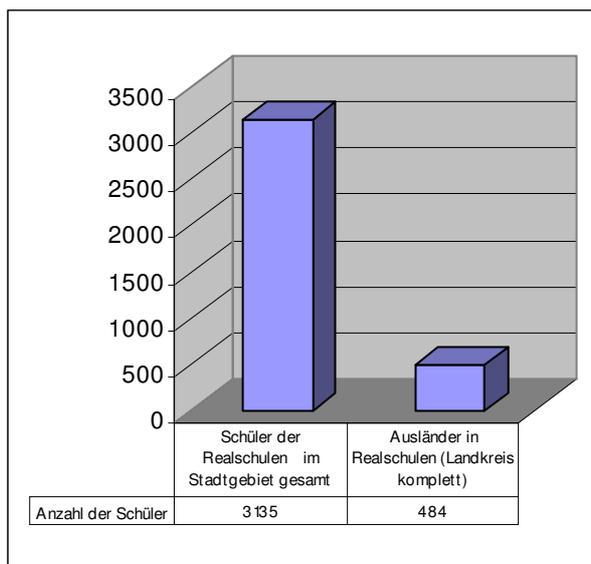


Von den 252 ausländischen Schülern und Schülerinnen kommt der größte Teil mit 57 Schülern und Schülerinnen aus der Türkei. 37 Schülerinnen und Schüler stammen aus Russland. Die Ukraine, Serbien-Montenegro, Polen, Nepal, Libanon, Italien, Dom. Republik, China, Weißrussland, Irak, Arabien, Kasachstan, Syrien, Albanien, Kosovo, Griechenland, Thailand, Niederlande, Kurdistan, Tschechische Republik und Sonstige oder Ungeklärte sind mit jeweils 1 bis 5 Schülern und Schülerinnen vertreten.

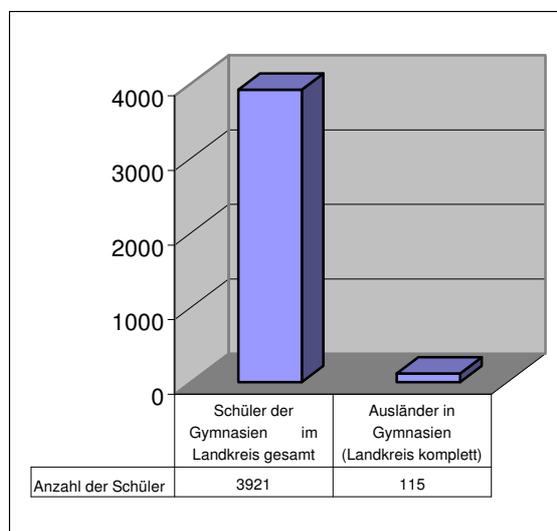
Bei den Hauptschulen in Trägerschaft des Landkreises sind es 1.216 deutsche Schülerinnen und Schüler und 101 Ausländerinnen und Ausländer. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 7,67%. Auch hier sind die meisten ausländischen Kinder türkischer Herkunft (34 Schüler/innen). Aus den restlichen Ländern kommen, wie bei den Grundschulen, durchschnittlich 1 bis 5 Schülerinnen und Schüler.



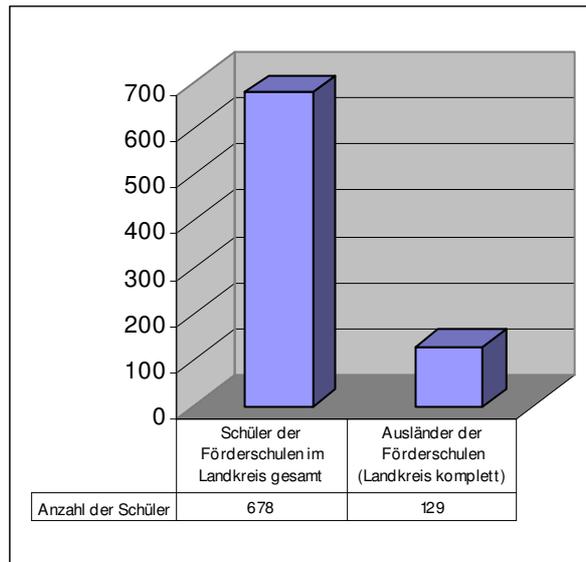
In den Realschulen in Trägerschaft des Landkreises Peine werden 2.346 deutsche und 213 ausländische Schülerinnen und Schüler unterrichtet. 75 der ausländischen Schülerinnen und Schüler kommen aus der Türkei und 6 aus dem Libanon. Die restlichen ausländischen Schülerinnen und Schüler stammen mit einer Anzahl von jeweils 1 bis 5 Schülerinnen und Schüler aus den übrigen bereits genannten Herkunftsländern.



Bei den Gymnasien sind es 1.754 deutsche sowie 22 ausländische Schülerinnen und Schüler. Prozentual betrachtet liegt der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler hier bei 1,24%. Hiervon sind jeweils 3 Schülerinnen und Schüler aus Polen und aus Russland. 2 sind türkischer Herkunft und jeweils 1 Schüler oder 1 Schülerin aus Italien, aus dem Libanon und aus Vietnam.



Die Förderschulen werden von 456 deutschen und 60 ausländischen Schülerinnen und Schülern besucht. Der Ausländeranteil liegt bei 11,63%. 29 Kinder sind hier türkischer Herkunft, 6 stammen aus dem Kosovo, 7 aus dem Libanon, 6 aus Albanien und die restlichen mit jeweils 1 bis 5 Schülerinnen und Schülern aus anderen, bereits oben genannten Ländern.



In den Grundschulen im Stadtgebiet werden 2.210 deutsche und 502 ausländische Schüler unterrichtet. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 12,51%. Hiervon sind 237 türkischer Herkunft, 14 aus Russland, 30 aus sonstigen asiatischen Ländern und jeweils 1 bis 5 Schüler/innen aus den Ländern Albanien, Vietnam, Amerika, Polen, Frankreich, Kasachstan, Serbien-Montenegro, Italien, Mazedonien, Griechenland, Irak, Libanon, Tunesien oder mit ungeklärter Herkunft.

An den Hauptschulen im Stadtgebiet werden 601 Deutsche und 211 Ausländer beschult. 25,99% aller Schülerinnen und Schüler sind hier ausländischer Herkunft. 132 Kinder kommen aus der Türkei, 7 aus dem Libanon, 10 aus Serbien-Montenegro, 36 aus sonstigen Ländern in Asien und jeweils 1 bis 5 Schülerinnen und Schüler aus weiteren o.g. Ländern.

In den Realschulen im Stadtgebiet sind 789 deutsche und 271 ausländische Schülerinnen und Schüler. Der Ausländeranteil liegt bei 25,57%. Aus der Türkei stammen 112 Schülerinnen und Schüler, 9 aus Vietnam, 6 aus Polen, 14 aus sonstigen Ländern Asiens und ebenso wie bei den Haupt- und Grundschulen jeweils 1 bis 5 Kinder aus übrigen Ländern.

Zum Gymnasium im Stadtgebiet gehen 2.167 deutsche und 93 ausländische Schülerinnen und Schüler. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 4,12%. Davon sind 47 Schülerinnen und Schüler türkischer Herkunft, 15 stammen aus Vietnam und jeweils 1 bis 5 Kinder aus den Ländern Kroatien, Sri Lanka, Russland, Italien, Polen, USA, Amerika, Serbien-Montenegro und sonstigen Ländern Asiens und Afrikas.

In den Förderschulen im Stadtgebiet werden 222 deutsche und 69 ausländische Schüler beschult. Prozentual betrachtet liegt der Ausländeranteil hier bei 23,71%. Hiervon sind 30

aus der Türkei, 12 aus Serbien-Montenegro, 20 aus sonstigen asiatischen Ländern und die restlichen Kindern mit jeweils 1 bis 5 aus den Ländern Albanien, Iran, Polen, Russland und sonstigen afrikanischen Ländern.

Zur IGS gehen 985 deutsche und 15 ausländische Schülerinnen und Schüler. Der Ausländeranteil liegt bei 1,50%. 6 Schülerinnen und Schüler sind hiervon türkischer Herkunft, 3 stammen aus Albanien, 2 aus Serbien-Montenegro und jeweils 1 aus Kroatien, Polen, Russland und Vietnam.

Bei den Berufsbildenden Schulen in Peine-Vöhrum sind es 2.270 deutsche und 161 ausländische Schülerinnen and Schüler. Hier beträgt der Ausländeranteil 6,25%. Davon sind 90 Kinder türkischer Herkunft, 8 aus Albanien, 19 aus dem Libanon, 13 aus Serbien-Montenegro und die restlichen mit jeweils 1 bis 5 Schülerinnen und Schüler aus den übrigen bereits genannten Ländern.

Zu den Bildungsabschlüssen 2005 (spätere liegen leider noch nicht vor) im Landkreis Peine ist eine entsprechende Statistik beigefügt:

Schulabschlüsse von ausländischen Schülern/-innen
an den allgemeinbildenden Schulen im Landkreis Peine

Abschluss	Anzahl der Abschlüsse im Schuljahr				
	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05
Hochschulreife	4	4	3	1	1
Fachhochschulreife	0	0	1	1	1
Realschulabschluss	51	37	37	56	70
Hauptschulabschluss	27	24	22	18	23
ohne Hauptschulabschluss	34	21	35	21	28
Insgesamt	116	86	98	97	123

Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik: Schulabgänger/innen an allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen (einschließlich Abendgymnasien und Kollegs) für den Landkreis Peine, Tabelle K 3002519. Internetveröffentlichung 2007.

Zusammenfassend kann dazu gesagt werden, dass lediglich 0,45% der Schülerinnen und Schüler mit Hochschulreife ausländischer Herkunft sind.

Bei der Fachhochschulreife liegt der Ausländeranteil bei 6,25%.

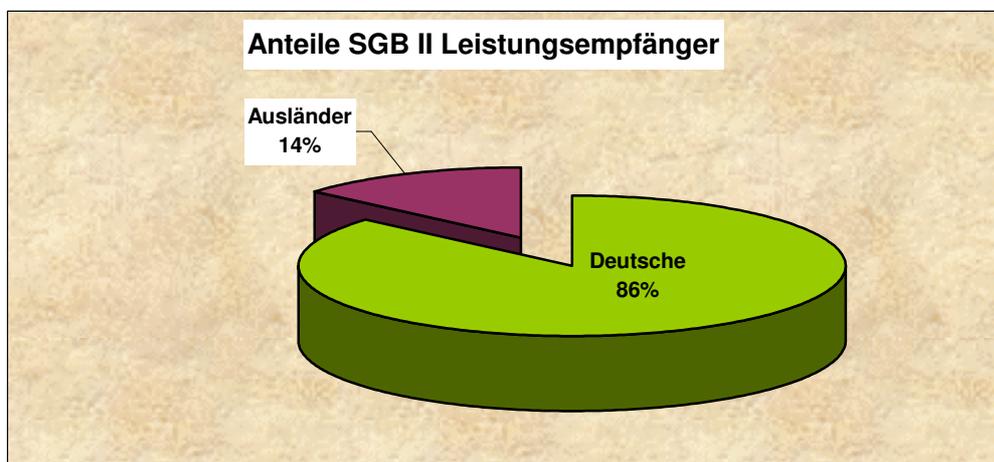
8,54 % aller Kinder mit Realschulabschluss sind ausländischer Herkunft. 9,31 % der Kinder, die die Schule mit einem Hauptschulabschluss verlassen, sind ausländischer Herkunft.

20,14 % der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, stammen aus dem Ausland.

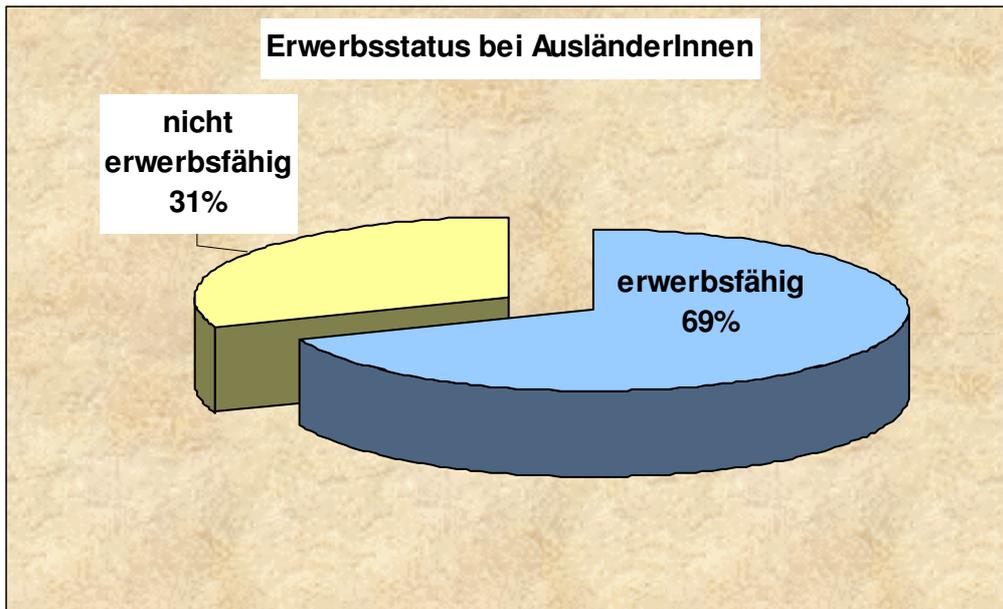
Abschließend kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an Förderschulen und Hauptschulen überproportional zum Bevölkerungsanteil, an Gymnasien sowie der IGS hingegen unterproportional ist.

2.2. Integration durch Teilnahme am Erwerbsleben

Einer der wesentlichsten Grundlagen für eine Integration von Ausländer/innen in die Gesellschaft ist die Möglichkeit, durch die Teilnahme am Erwerbsleben den Lebensunterhalt einer Person oder Familie sicherzustellen. Ausländer/innen sind mit einem Anteil von 14 % an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im gesetzlichen Wirkungskreis des Sozialgesetzbuches II vertreten.



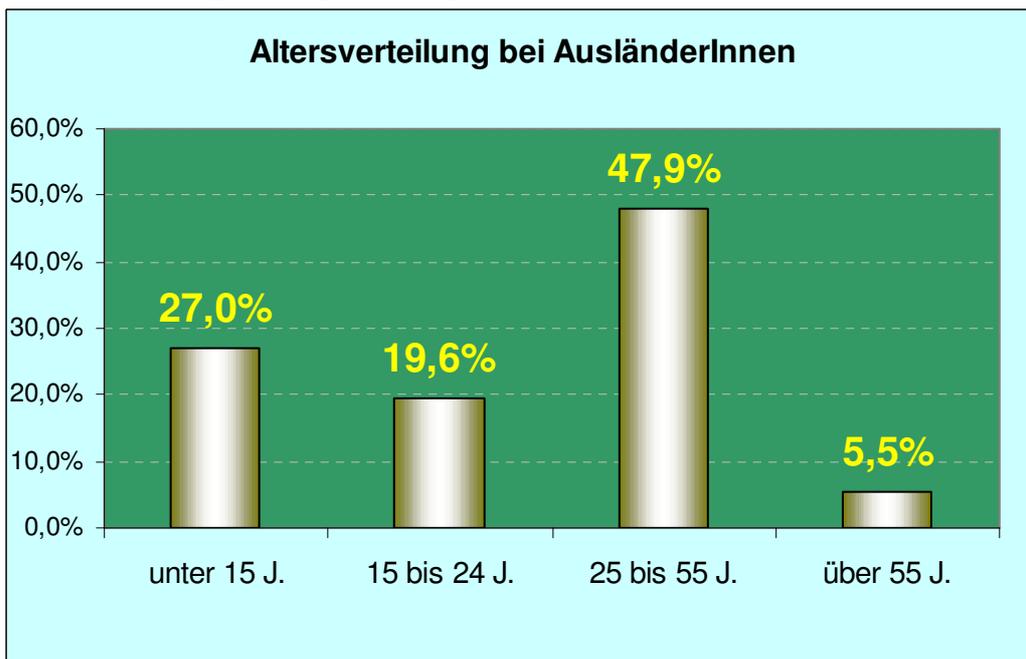
In diesem Anteil verteilt sich der Erwerbsstatus **) wie folgt:



*) Datenbasis: Alle Daten über Auswertung aus compASS, Kundenbestand per März 2007

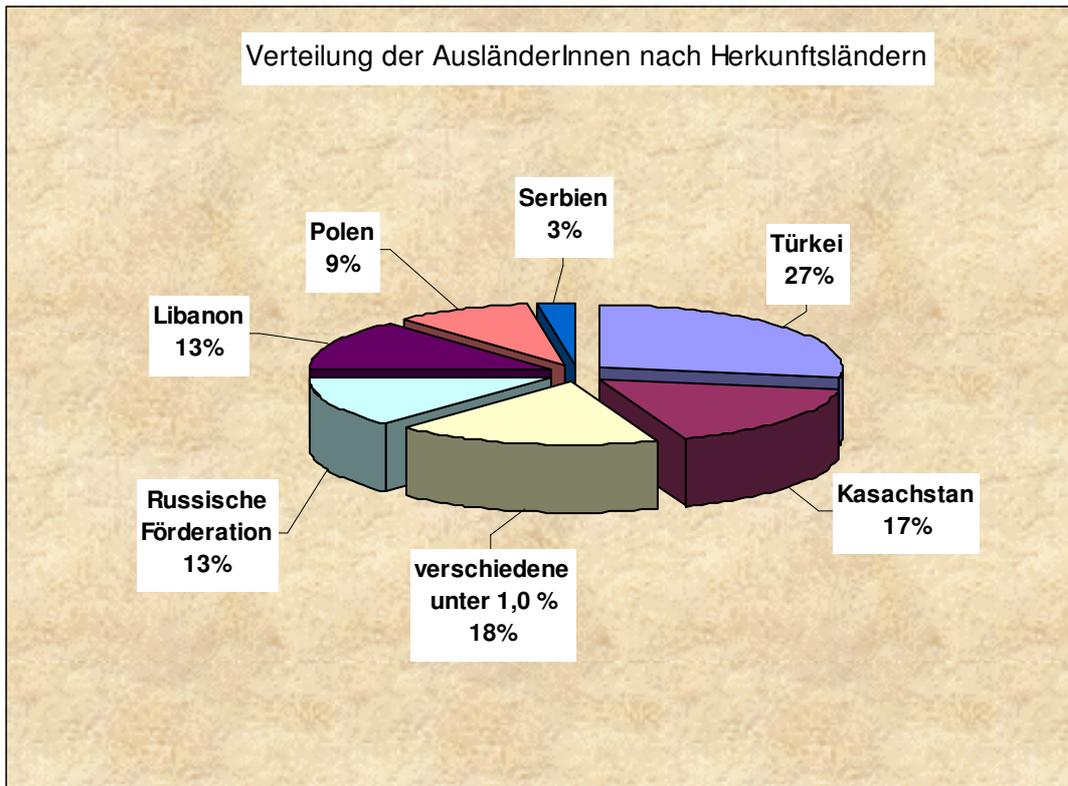
**) erwerbsfähig = Arbeitslosengeld II-Empfänger/innen, 15 Jahren bis 65 Jahren.

nicht erwerbsfähig = Sozialgeldempfänger/innen, Kinder unter 15 Jahren.

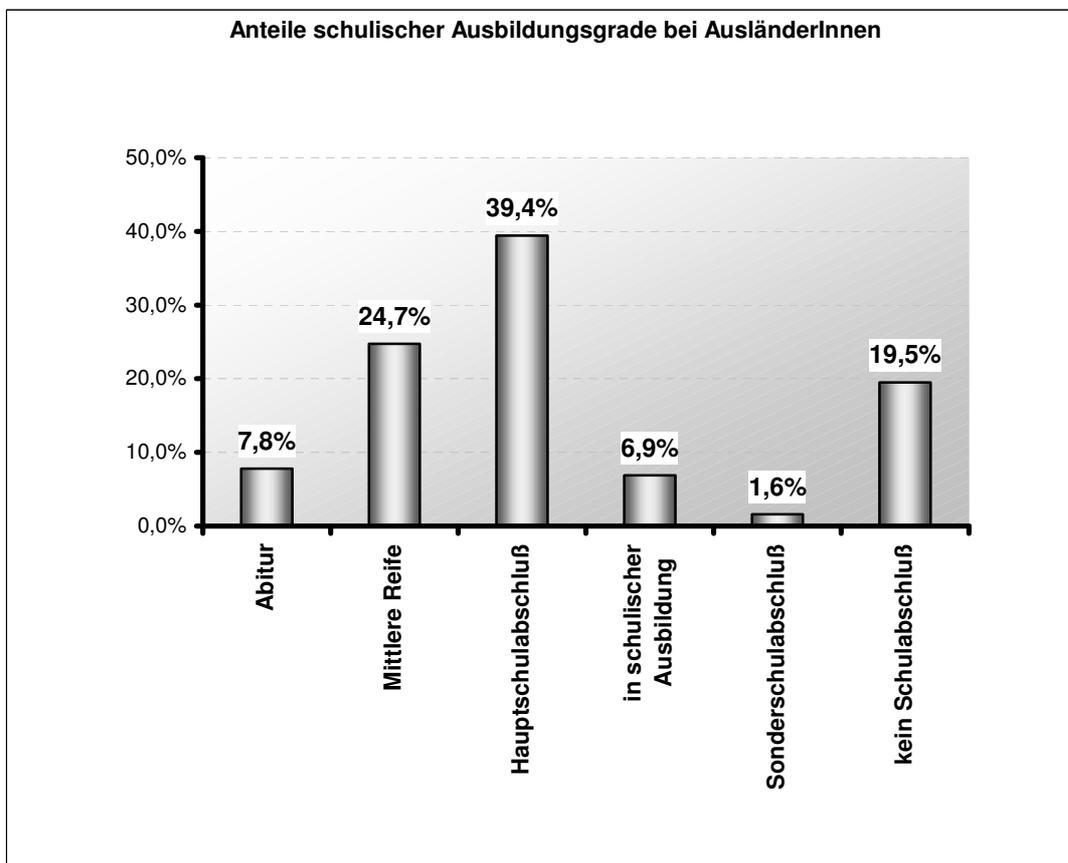


Die Statistik zeigt, dass die Hälfte dieses Kundenbestandes in der Altersgruppe 25 Jahre bis 55 Jahre befindet, einer Altersgruppe, die in einer Ausbildung oder im vollen Erwerbsleben stehen müsste.

Die nachstehende Grafik zeigt die wesentlichsten Herkunftsländer für Ausländer/innen im Wirkungskreis des SGB II:



Die Annahme, nach der unterdurchschnittliche Bildung und Sprachkenntnisse einen Verbleib im Bezug von Grundsicherungsleistungen nach SGB II nur manifestieren, wird durch eine entsprechende Analyse dieses Kundenbestandes bestätigt.



1/3 der Zielgruppe Ausländer/innen besitzen einen höheren schulischen Abschluss (Abitur, Mittlere Reife). Weit über 1/3 haben den Hauptschulabschluss und 1/5 verfügen über gar keinen Schulabschluss.

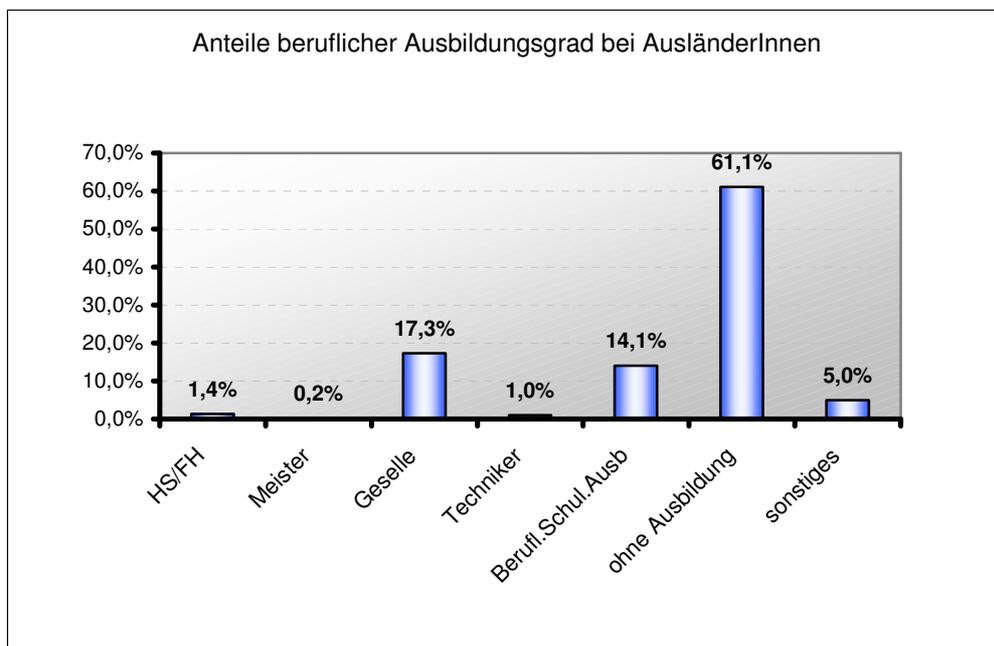
Zwischen Bildungs- und Ausbildungsniveau ist ein eklatanter Bruch zu erkennen. Auch wenn 30 % die höhere schulische Ausbildung besitzen, führt das nicht in gleichem Maße zum höheren beruflichen Ausbildungsgrad.

0,8 % können einen Abschluss an der Universität und 0,6 % einer Fachhochschule nachweisen.

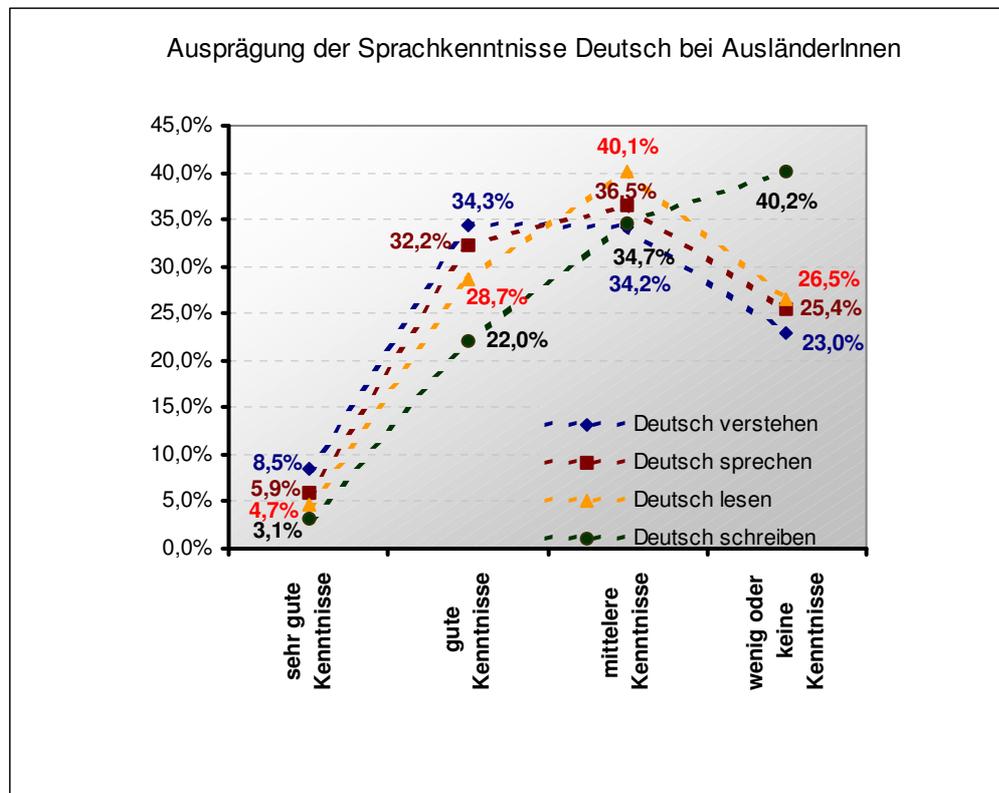
Mit Ausbildung zum Gesellen ist ein Anteil von 17 % zu vermerken. Dem gegenüber steht ein Anteil von Meistern in Höhe 0,2 %.

Die Klärung der Frage nach der Durchlässigkeit und Chancengleichheit im deutschen Schul- und Bildungssystem wäre ein Anhaltspunkt für weiterführende Analysen.

2/3 der Ausländer/innen sind ohne Berufsausbildung und haben demnach nur die Möglichkeit gering bezahlte Erwerbstätigkeiten aufzunehmen.



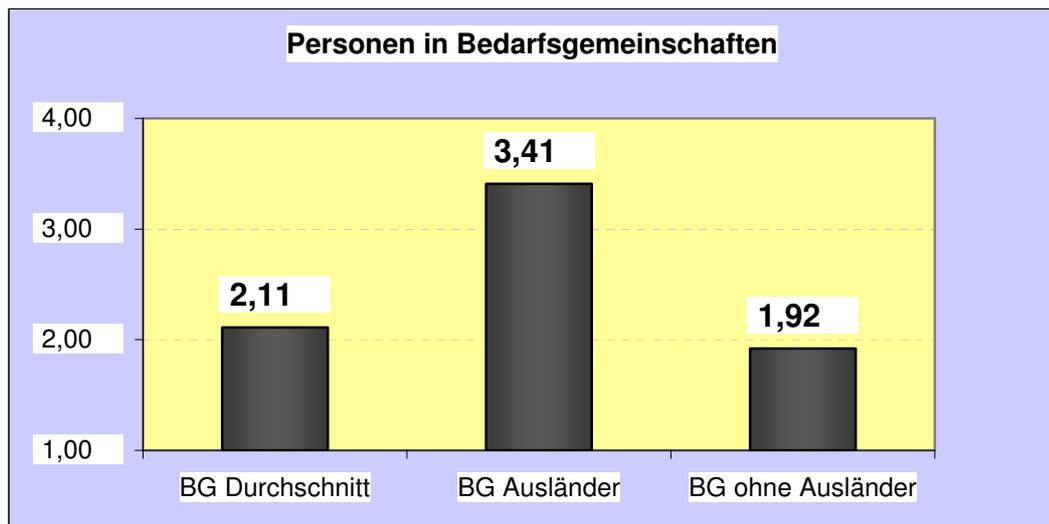
Zu dem geringen Bildungs- und Ausbildungsniveau kommen verschlechternd die teils mittelmäßigen bis schlechten Sprachkenntnisse hinzu. Diese bilden eines der wesentlichen Vermittlungshemmnisse und stellen sich wie folgt dar:



Verfügen noch mehr als 40% über sehr gute und gute Kenntnisse im Verstehen und Sprechen der deutschen Sprache, so können nur noch ca. 25% sehr gut oder gut Deutsch schreiben. 2/3 können nur mittelmäßig bis schlecht die deutsche Sprache verstehen, sprechen, schreiben, lesen.

Daraus folgt: Bildung, Ausbildung und Sprachkenntnisse auf niedrigem Niveau sind ein sich gegenseitig verstärkender Komplex von Vermittlungshemmnissen, die den Verbleib im sozialen Sicherungssystem begünstigen.

Ein weiterer Grund dieses Verbleibs ist die Tatsache, dass selbst bei Erzielung von Erwerbseinkommen ergänzende Leistungen gezahlt werden müssen, da die Anzahl von Personen in Bedarfsgemeinschaften der Ausländer/innen traditionell hoch und damit der Gesamtbedarf auch höher als der Durchschnitt ist.



Beispiel für eine vierköpfige Familie, davon 2 schulpflichtige minderjährige Kinder, Vater voll erwerbstätig:

Miete und Energie

(mittlere Wohnlage Peine) 493,00 €

Bedarf ALG II (2 Erwachsene) 622,00 €

Bedarf Sozialgeld (2 Kinder) 414,00 €

Gesamtbedarf 1.529,00 €

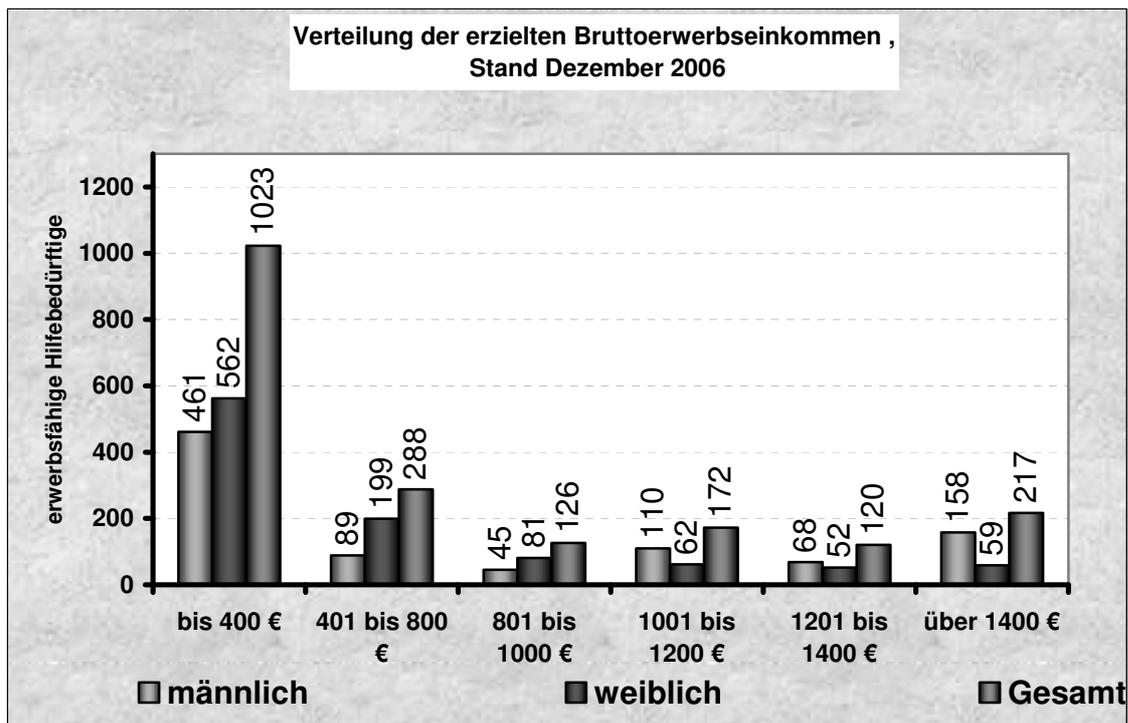
Einkommen brutto: ca. 2.700,00 €

Mindesteinkommen netto

unter Berücksichtigung von Freibeträgen 1.221,00 €

Bei einem Nettoeinkommen von 1.221,00 € und der Einbeziehung von Kindergeld in Höhe von 308,00 € erhielte die Familie keine ergänzenden Leistungen. Bei Großfamilien wäre das notwendige zu erzielende Einkommen entsprechend höher. Erschwerend kommt der Trend auf dem Arbeitsmarkt hinzu, dass der Anteil geringbezahlter Arbeitsplätze zu Lasten *unterhaltssichernder* Arbeitsplätze zunimmt. Die Entwicklung geringfügig beschäftigter Arbeitnehmer/innen ist im Landkreis Peine ausgehend vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2006 um 52,6 % oder absolut um über 3.161 gestiegen⁶. Die Verteilung der erzielten Erwerbseinkommen nach ausgewählten Einkommensgruppen zeigt das Ergebnis des beschriebenen Trends. (Die Grafik zeigt alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, LK Peine):

⁶ Vgl. Sonderheft Bundesagentur Nr:12/2007.



Die Dauer der faktischen Arbeitslosigkeit stellt bereits ein Vermittlungshemmnis dar. Noch schwieriger für die Integration in den Arbeitsmarkt ist das Zusammentreffen der Merkmale Langzeitarbeitslosigkeit und Ausländerstatus.

Zitat, Die Zeit vom 22.03.2007, Nr. 13, Renée Abul-Ella, "Kaum Chancen":

„Langzeitarbeitslose sind schwer wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren – das sollten Politiker wissen. Das ist schon für Deutsche schwer und für Ausländer noch mehr.“

Der Abbau von Arbeitslosigkeit bei Ausländern/-innen lag im Vergleich der Monate Januar 2006 und Januar 2007 bei – 13,4 %, bei den Deutschen lag der Abbau von Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum bei 16,8 %.⁷

2.3 Armut und Integration

Die soziale Lage einer Person ist nach dem Verständnis des Landkreises Peine ein mehrdimensionales Phänomen, das durch die persönliche Situation in verschiedenen Bereichen charakterisiert wird. Zu diesen Bereichen zählen die Felder Einkommen, Arbeit, Bildung, Wohnen sowie die Versorgung mit sozialen und gesundheitlichen Diensten.⁸ Dabei ist es

⁷ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Februar 2007.

⁸ Vgl. Landkreis Peine (Hg.): Armuts- und Sozialbericht des Landkreises Peine. Peine, 2006, S. 5.

unvermeidlich, dass sich die einzelnen Felder gegenseitig bedingen, sodass sich vereinfachend die nachstehende formelhafte Darstellung ergibt:

gute Bildung = ausreichendes Einkommen = gute Wohnung = ausreichende Versorgung mit sozialen und gesundheitlichen Diensten.

Die Integration von Personen mit Migrationshintergrund ist umso leichter, je besser das Armutsrisiko sowohl in der aufnehmenden Gesellschaft als auch in dem Kreis der Migranten/-innen abgesichert ist. Diese Perspektive beschränkt sich dabei nicht nur auf eine Generation, denn aufgrund der sich aus der vorstehenden Skizzierung resultierenden Ausgangslage ergeben sich auch für die nachfolgende Generation entsprechende Vorteile, weil die Rahmenbedingungen für das Leben der nachfolgenden Generation(en) besser sind.

Drückt man die o.g. Formel negativ aus, erhält man den gegenteiligen Effekt:

niedriger Bildungsstand = schlechte berufliche Perspektiven = kein oder nur ein geringes Einkommen = schlechtere Unterkunft = schlechtere Versorgung mit sozialen und gesundheitlichen Diensten.

Sofern noch eine gewisse kriminelle Energie hinzukommt, verschlechtern sich die beruflichen Perspektiven noch weiter, was zu einer Verstärkung der Armutssituation durch das Gefühl von Perspektivlosigkeit und Resignation führen kann.

Damit steht fest, dass der Bildung ein hohes Gewicht bei der Vermeidung von Armut zukommt. Die entsprechenden Ergebnisse sind bereits oben dargestellt worden, sodass an dieser Stelle darauf verzichtet werden kann. Erwähnt werden muss jedoch, dass die Verteilung der Abschlüsse auf die einzelnen Schulen ebenso unterschiedlich ist⁹ wie die Verteilung der Abschlüsse auf ethnische Gruppen¹⁰.

Schulabgänger/innen ohne Abschlusszertifikat nehmen weit seltener eine reguläre Ausbildung auf als andere Jugendliche. Ein niedriger Bildungsstand sowie eine fehlende Ausbildung führen zu einem Teufelskreis, aus dem nur selten ein Ausbrechen möglich scheint. Für Personen mit Migrationshintergrund verschlechtern sich die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt möglicherweise noch durch Vorurteile in der eingeborenen Gesellschaft.

⁹ Vgl. Hierzu die ausführliche Darstellung in: Landkreis Peine (Hg.): Armuts- und Sozialbericht des Landkreises Peine. Peine 2006, S. 150-211.

¹⁰ Vgl. C. Kristen: Ethnische Unterschiede im deutschen Schulsystem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. B 21-22/2003 vom 26. Mai 2003, S. 26 ff., hier: S. 26. Dazu ausführlicher: Landkreis Peine (Hg.): Armuts- und Sozialbericht des Landkreises Peine. Peine 2006, S.209.

Aber auch eine Ausbildung kann nicht vor Arbeitslosigkeit und ein Hinabgleiten in die Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme schützen, wie das vorhergehende Kapitel gezeigt hat. Es zeigt sich, dass der Anteil der ausländischen Hilfeempfänger/innen im Verhältnis zur ausländischen Bevölkerung recht hoch ist. Insgesamt liegt er höher als der Anteil der deutschen Hilfeempfänger/innen an der deutschen Bevölkerung. Offensichtlich ist das Risiko der Sozialhilfebedürftigkeit in der ausländischen Bevölkerung ungleich höher als bei der deutschen Bevölkerung.¹¹

Die geringe Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln führt oft auch zur Verschuldung:

Nationalität der Ratsuchenden bei der Schuldnerberatung

Nationalität der Ratsuchenden	Anzahl der Personen			
	2001	2002	2003	2004
Deutsch	234	236	237	289
Ausländisch (Türkisch, Italienisch, Polnisch, Spanisch)	9	26	24	32
Insgesamt	243	262	261	321

Quelle: Jahresberichte der Schuldnerberatung der Arbeiterwohlfahrt Peine.

Auch hier zeigt sich sowohl für die Gruppe der Deutschen als auch der Ausländer/innen eine steigende Personenzahl, die die Hilfe der Schuldnerberatung in Anspruch genommen haben. Vergleicht man die prozentualen Anteile, ergibt sich folgende Darstellung:

Bevölkerungsanteile und Anteile an den Ratsuchenden

Jahr	Anteile der Bevölkerung in Prozent			
	an der Gesamtbevölkerung		an den Ratsuchenden der Schuldnerberatung	
	Deutsche	Ausländer/innen	Deutsche	Ausländer/innen
2001	93,16	6,84	96,30	3,70
2002	93,10	6,90	90,08	9,92
2003	93,16	6,84	90,80	9,20
2004	93,33	6,67	90,03	9,97

Quellen: Eigene Berechnungen.

Damit wird der hohe Anteil der verschuldeten Haushalte mit Migrationshintergrund verdeutlicht. Auf Grund der vorliegenden Informationen kann jedoch nicht festgestellt werden, ob seit

¹¹ Vgl. Landkreis Peine (Hg): Armuts- und Sozialbericht des Landkreises Peine. Peine 2006, S. 281.

2002 der Druck als Folge einer Verschuldung auf die ausländische Kreisbevölkerung zugenommen hat oder die Hemmschwelle zum Aufsuchen der Schuldnerberatung gesunken ist.¹²

2.4 Der Bereich Gesundheit

Das Gesundheitsamt hat Beratungs- und Wegweiserfunktion in Gesundheitsfragen in vielfältiger Art. Die Arbeitsfelder bzw. speziellen inhaltlichen Aufgaben sind für alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Peine zugänglich.

In der Gesundheitsberichterstattung der einzelnen Sachgebiete des Gesundheitsamtes ist Migration überwiegend ein Randthema. Zentrales Problem ist aufgrund der Aufgaben der einzelnen Sachgebiete die Verfügbarkeit von Daten hierzu. Es existieren nur wenige, regelmäßig erstellte Gesundheitsdaten, die nach Staatsangehörigkeit bzw. Nationalität unterschieden und die in Beziehung zu Gesundheitsdaten über die einheimische Bevölkerung gesetzt werden können.

Noch seltener bzw. in der Regel nicht vorhanden, sind regelmäßig erstellte Gesundheitsdaten, die nach anderen Migrationsmerkmalen wie rechtlichem Aufenthaltsstatus, Geburtsland, Einwanderungsgeneration oder Aufenthaltsdauer unterscheiden.

Stellt man die Frage nach der gesundheitlichen Lage bei Migranten, ist zudem zu beachten, dass gleiche Staatsbürgerschaft nicht gleiche ethnische Zugehörigkeit bedeutet. Innerhalb einer Gruppe gleicher Nationalität bestehen unter Umständen große Unterschiede hinsichtlich gesundheitlich bedeutsamer Merkmale, z.B. bei türkischer Staatsangehörigkeit. Menschen mit Migrationshintergrund gehören keiner einheitlichen sozialen Gruppe an: So mag ein relevanter Teil der Migranten eher sozial benachteiligt sein, aber es gibt ebenso Personen, die eher sozial privilegierten Gruppen zuzuordnen sind. Die Frage nach der gesundheitlichen Lage muss also differenziert betrachtet werden.

Migrantinnen und Migranten sind nicht per se kränker als die einheimische Bevölkerung. Der Prozess der Migration kann aber bestimmte Erkrankungen wahrscheinlicher machen, und die Aneignung des westlichen Lebensstils kann wiederum zu einem Zuwachs bestimmter Erkrankungen unter zugewanderten Gruppen mit der Zeit führen.

¹² Vgl. Landkreis Peine (Hg): Armuts- und Sozialbericht des Landkreises Peine. Peine 2006, S. 404.

In der gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen und Migranten können spezifische Versorgungsprobleme auftreten, die sprachliche, kulturelle Ursachen oder Teilhaben am öffentlichen Leben haben.

Die Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten und die gesundheitliche Lage sind wesentlich auch immer durch die Kategorie Geschlecht bestimmt.

2.4.1 Gesundheitsschutz

Infektionsschutz ist der Schutz des Einzelnen und der Allgemeinheit vor Infektionen. Er umfasst sowohl die Verhütung als auch die Erkennung von übertragbaren Krankheiten, Maßnahmen zum Erhalt eines funktionierenden Gemeinwesens unter der Belastung einer Pandemie und die Vermittlung einer rationalen Risikoeinschätzung durch eine sachliche Risikokommunikation bei Umweltbelastungen aller Art.

Der Anteil bei Menschen mit Migrationshintergrund liegt in diesem Sachgebiet unter dem Bevölkerungsschnitt im Landkreis.

Lediglich im Bereich der Tuberkuloseüberwachung ist der Anteil an Migrantinnen und Migranten höher als der Bevölkerungsschnitt.

2.4.2 Sozialer Dienst

Der Soziale Dienst bietet Beratung und Vermittlung von Hilfen für alte Menschen, Demenzkranke, geistig und körperlich Behinderte und Menschen in sozialen Notlagen sowie deren Angehörige an.

Der Anteil der Migranten und Migrantinnen beträgt für 2006 4,7 %.

Im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung ist der Anteil der ausländischen Frauen, die die Beratung in Anspruch nehmen, bei 25 %.

2.4.3 Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst bietet umfassende Hilfen an für Menschen, die aufgrund einer psychischen Störung krank oder behindert sind.

Der Anteil der Menschen mit einem Migrationshintergrund lag im Jahr 2006 bei 9,9 %.

2.4.4 Jugend- und Schulärztlicher Dienst

Die vom Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes in jedem Jahr durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen sind die einzigen ärztlichen Untersuchungen, an denen flächendeckend alle Kinder teilnehmen.

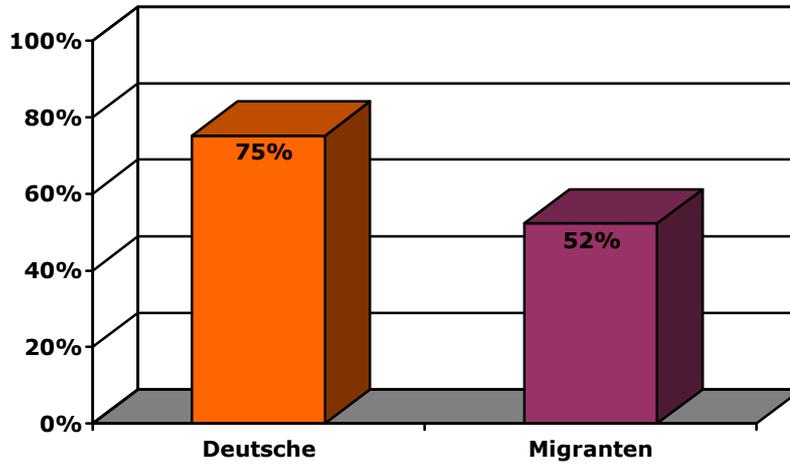
Hierbei werden durch ein standardisiertes Untersuchungsprogramm sowie Dokumentations- und Auswertungsverfahren – SOPHIA-Programm – Auffälligkeiten in der körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung erkannt. Am Ende einer jeden Schuleingangsuntersuchung steht die zusammenfassende schulärztliche Empfehlung. Sie erhält die Entscheidungskategorien: Einschulung, Einschulung mit Bedenken (pädagogische Überprüfung), Zurückstellung (vorschulische Förderung), Abraten von der Einschulung des noch nicht schulpflichtigen Kindes, Überprüfung auf sonderpädagogischen Förderbedarf.

Durch das hochgradig standardisierte und qualitätsgesicherte SOPHIA-Programm mit Dokumentations- und Auswertungsverfahren, mit dem auch die Kinder- und Jugendgesundheitsdienste von 27 weiteren niedersächsischen Gesundheitsämtern arbeiten, sind statistische Auswertungen und überregionale Vergleiche möglich.

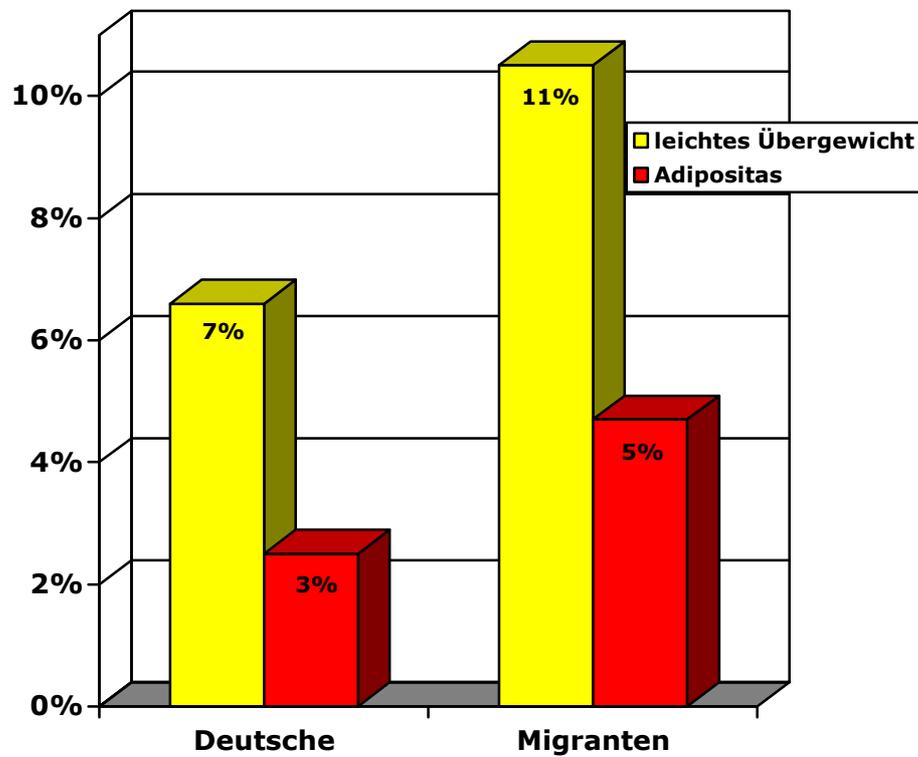
Demographische Angaben Schuljahr 2005/2006:

- Jahrgangsstärke 1633 Kinder
- Erfassung des Jahrganges zu 100%
- Migrantenanteil 18%

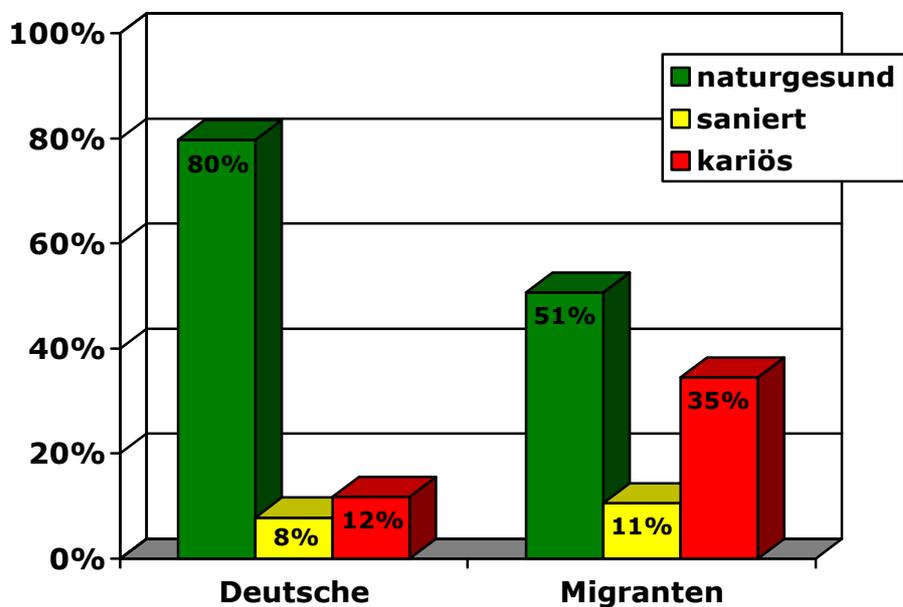
Primäre Einschulungsempfehlung und ethnische Herkunft



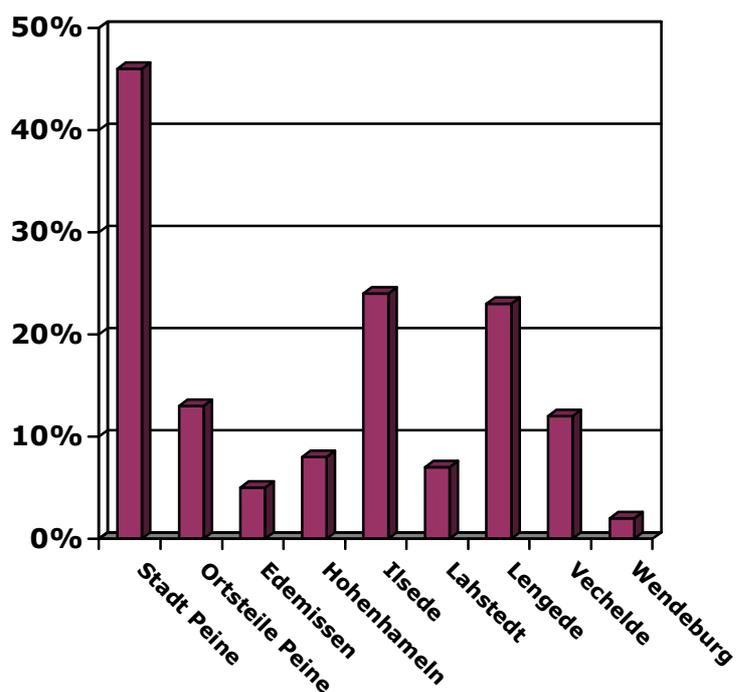
Übergewicht und ethnische Herkunft



Zahnstatus und ethnische Herkunft



Anteil ausländischer Kinder



Bei Kindern mit Migrationshintergrund kann nur zur Hälfte primär zur Einschulung geraten werden.

Karies und Übergewicht treten bei ausländischen Kindern wesentlich häufiger auf.

Innerhalb der Bezirke des Landkreises Peine (Kernstadt, Ortsteile und Gemeinden) gibt es deutliche Unterschiede hinsichtlich der Ergebnisse:

Das Stadtgebiet Peine und die Gemeinde Ilsede sind durch einen relativ hohen Anteil der „Risiko-Populationen“ Migranten und Familien mit niedrigem Bildungsniveau gekennzeichnet. Dies spiegelt sich in geringeren Raten primärer Einschulungsempfehlungen wieder.

Neben den nicht beeinflussbaren Risiken, die sich aus der Herkunft des Kindes ergeben, sollen im Folgenden beeinflussbare Faktoren betrachtet werden:

Das Risiko, nicht primär eingeschult zu werden, ist bei Kindern ohne Kindergartenbesuch dreimal so hoch.

Im Stadtgebiet Peine und Ilsede besuchen deutlich weniger Kinder einen Kindergarten.

Handlungsfeld: Bildung

Anteil der einzuschulenden Kinder mit/ohne Migrationshintergrund mit Besuch eines Kindergartens oder einer vergleichbaren pädagogischen Einrichtung an allen einzuschulenden Kindern eines Schuljahres mit/ohne Migrationshintergrund

Kinder (gesamt)	1.633
Angabe zu „Vorschul. Erziehung“	1.511

Mit Migrationshintergrund (gesamt): 255

Regel KIGA	236	92,5 %
Sonder KIGA	4	1,6 %
Kein KIGA	15	5,9 %
Keine Angaben	0	

Ohne Migrationshintergrund (gesamt): 1.256

Regel KIGA	1.181	94,0 %
Sonder KIGA	46	3,7 %
Kein KIGA	24	1,9 %
Keine Angaben	5	0,4 %

Handlungsfeld: Sprache

Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern (jeweils mit/ohne Migrationshintergrund)

Kinder (gesamt)	1.633
-----------------	-------

Mit Migrationshintergrund (gesamt): 300

Keine Förderung	102	34,0 %
Förderung	150	50,0 %
Unbekannt	48	16,0 %

Ohne Migrationshintergrund (gesamt): 1.333

Keine Förderung	1.124	84,6 %
Förderung	66	5,0 %
Unbekannt	139	10,5 %

(unbekannt: Wenn Eltern es nicht wissen oder Kinder nicht geprüft wurden, z.B. Kann-Kinder)

Handlungsfeld: Gesundheit

Anteil der Teilnahme von Kindern an der U9 mit/ohne Migrationshintergrund

Bis zum Einschulungsalter haben die Eltern für ihre Kinder einen Anspruch auf neun Vorsorgeuntersuchungen (U1 – U9). Leider ist allgemein zu verzeichnen, dass die Bereitschaft zur Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen sinkt.

Kinder (gesamt)	1.633
-----------------	-------

Mit Migrationshintergrund (gesamt): 300

U9 ja	191	63,7 %
U9 nein	60	20,0 %
Kein Heft	49	16,3 %

Ohne Migrationshintergrund (gesamt): 1.333

U9 ja	1.162	87,2 %
U9 nein	125	9,4 %
Kein Heft	46	3,5 %

3. Thesen für eine verbesserte Integration

Aus den vorstehend genannten Daten ergibt sich die Notwendigkeit zur Verstärkung der Integrationsbemühungen. Dazu werden von den Fachdiensten des Fachbereiches III Überlegungen angestellt und Anregungen gegeben. Es geht an dieser Stelle nicht um eine umfassende Darstellung von Handlungsbedarfen, auch nicht vorrangig um konkrete Maßnahmen, wie sie sich beispielsweise im Leitbild Integration finden oder von der Steuerungsgruppe initiiert werden.

Sprache ist ein entscheidender Schlüssel für die Integration. Sprachtests und Kurse für Vorschulkinder müssen ausgebaut und für den Kindergartenbesuch muss intensiv geworben werden. Im Landkreis Peine leistet die Gemeinde Lengede hier vorbildliche Arbeit. „Es ist zu spät, wenn unsere Kinder erst mit fünf Jahren in den Kindergarten kommen und Deutsch lernen“, erklärte der türkische Botschaftsrat O. Can Ünver. Die Sozialisierung in der Mehrheitsgesellschaft, und damit die Sprachförderung, müsse früher beginnen. Ein Mittel zum Ziel ist dabei die Förderung und Einbeziehung der Eltern. Wünschenswert wären auch kleinere Gruppen in den Kindertagesstätten.

Spracherwerb und Schulbildung sind unabdingbare Voraussetzungen für gelingende Integration. Deshalb muss in der Schule dafür gesorgt werden, dass Kinder die deutsche Sprache beherrschen. Eltern mit Migrationshintergrund sollten verstärkt für Elternabende, Vereins- und Schulprojekte gewonnen werden. Interkulturell geschulte Lehrkräfte, die eine zweite Muttersprache wie Arabisch, Türkisch oder Russisch beherrschen, helfen Hürden zu überwinden. Nur mit frühzeitig einsetzender Förderung wird es im Landkreis Peine gelingen, den Anteil der Migrantenkinder bei den Schulabschlüssen deutlich zu erhöhen. Bildung muss Motor der Integration sein. Bildung meint dabei nicht nur die reine Schulbildung, sondern ein Verständnis des eigenen Gewordenseins, ein Verstehen von Kultur und Umwelt.

Auch für den Bereich Gesundheit gilt, dass primär eine frühe Intervention Erfolg verspricht. So sollten die Themen Ernährung und Zahngesundheit bereits im Kindergarten und in der Grundschule intensiv behandelt werden. Die Eltern sind hier, wie bei der Sprachentwicklung, mit einzubinden. In einem Projekt der Caritas werden Migrantinnen und Migranten zu Multiplikatoren für Gesundheit qualifiziert, um den Zugang zur ausländischen Bevölkerung leichter zu ermöglichen. Der Weg über bereits integrierte Migrantinnen und Migranten Zugang zu finden, ist auf andere Bereiche übertragbar.

Kritisch ist der Weg in das Beschäftigungssystem sowohl beim Übergang von der Schule in die Ausbildung als auch von der Ausbildung in die Erwerbsarbeit. Dabei sind Bildung und Arbeit Schlüssel zur Teilhabe. Integration gelingt dort, wo Menschen mit Migrationshintergrund aktiv im Erwerbsleben stehen. Es muss nach Wegen gesucht werden, die unterschiedlichen Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen mit Migrationshintergrund zu entdecken, anzuerkennen und weiterzuentwickeln. Handlungsfelder sind alle Bereiche der beruflichen Qualifizierung. Im Fachdienst Arbeit werden Eingliederungsmaßnahmen entwickelt, die auf die Erhöhung des Qualifikationsniveaus zielen und eine deutliche Erhöhung des Anteils an Migrantinnen und Migranten mit abgeschlossener Berufsausbildung und stark verbesserten Sprachkenntnissen bewirken sollen. Ferner wird an spezifischen, zielgruppenorientierten Förderketten gearbeitet.

Der Landkreis ist über die Kreisvolkshochschule am Projekt Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten in der Region Südostniedersachsen (Pamirson) beteiligt, das von der Projekt Region Braunschweig durchgeführt wird. Von der Evaluation des Projektes verspricht sich der Landkreis geeignete Handlungsansätze für die Arbeitsvermittlung

Der Armuts- und Sozialbericht des Landkreises Peine zeigt in der Detaildarstellung ein differenziertes Bild bei der Verteilung von Defizitbereichen, die für die Ausprägung von Armut bedeutsam sind. Offensichtlich sind Teile der ausländischen Bevölkerung in dem Denken ihres Kulturkreises verhaftet und stehen neuen Einflüssen ablehnend gegenüber. In Quartieren mit hohem Ausländeranteil greift dann häufig eine Art Gruppenzwang. Daraus folgt ein Ethnizitätsdiskurs (das meint eine Sprech- und Denkpraxis, die systematisch die Dinge erzeugt, von denen sie spricht, beispielsweise nach Broder: „Wir sind super, wir sind den Deutschen überlegen, wir sind Türken“). Zur Lösung dieses ‚Desintegrationsproblems‘ ist besonders Männerforschung wichtig, um die Situation der Männer, die einen Ethnizitätsdiskurs pflegen, zu erforschen und auf Veränderungen hinzuarbeiten. Wichtig festzuhalten ist aber auch, dass sich eine überwältigende Mehrheit der Deutschtürken (85 %) gegen Absonderung und Abgrenzung ausspricht.

Auch bei guter Perspektive ist Integration aufgrund des gepflegten Ethnizitätsdiskurs oder bei religiösem Fanatismus nicht immer möglich. Das gilt selbst dann, wenn die Einflussfaktoren von Armut sehr gering sind und sich gute berufliche und wirtschaftliche Perspektiven eröffnen. Anders ist das Verhalten des Kreises um Mohammed Atta nicht zu erklären, denn aufgrund der Kriterien Bildung, berufliche Perspektive und Einkommensperspektive hätten diese Personen bestens integriert sein müssen. Eine materiell gesicherte Zukunft ist daher also kein ausreichender Indikator für Integration, sondern es gehört die Einbeziehung der

kulturellen und religiösen Werte dazu. Die (Geistes)Haltung eines Menschen ist ebenso wichtig wie die materielle Absicherung.

Um die soziale Integration im Landkreis voranzutreiben, ist schon einiges passiert. Die Kreisvolkshochschule und die Gleichstellungsbeauftragte befördern mit einer Veranstaltungsreihe den interreligiösen Dialog; in diesem Jahr hat zum zweiten Mal ein interkulturelles Fest auf dem Marktplatz stattgefunden, das vom Integrationsbeauftragten organisiert wurde und in der Lenkungsgruppe wird an konkreten Maßnahmen gearbeitet, die Möglichkeiten des Sports zur Integration stärker zu nutzen. Insbesondere in den klassischen deutschen Einsatzfeldern des freiwilligen Engagements, wie z.B. der Freiwilligen Feuerwehr, im Umwelt- und Tierschutz sowie in Bürgerinitiativen sind Migrantinnen und Migranten in Peine jedoch noch unterrepräsentiert. Hier gilt es, freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement zu fördern, denn über Beteiligungsmöglichkeiten entsteht gesellschaftliche Teilhabe.

Auch wenn die Daten in diesem Integrationsbericht in einigen Bereichen eine nachholende Integration nahe legen, darf nicht vergessen werden, dass es im Landkreis Peine eine Reihe erfolgreicher Integrationsprojekte und viele Beispiele gelungener Integration gibt. Ziel des für 2008 vorgesehenen Integrationsmonitoring ist es, dies und die bis dahin erreichten Fortschritte zu dokumentieren.